

# Riesfaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortlich:  
Kasimir Riesfaer,  
Bismarckstr. 20.  
Postfach Nr. 52.

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesfaer, des Rates der Stadt Riesfaer, des Finanzamts Riesfaer und des Hauptkassamts Reichen bescheidlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonton:  
Nr. 1530  
Groschaf:  
Riesfaer Nr. 52.

Nr. 196.

Mittwoch, 22. August 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 11 Uhr mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Anzeigentages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für den Anzeigentag 10 Pfennig, 1 mm hohe Grundchrift-Zeile (8 Stellen) 25 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; zeltüberdacht und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligung der Anzeigen erfolgt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eines Kassenbogens in Kontant oder durch Zahlung in Reichsmark. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesfaer. Achtung! Unterhaltungsbeilage "Lustige Geschichten" - Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Besondereinrichtungen - hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Bangor & Winterlich, Riesfaer. Geschäftsstelle: Gochowstraße 58. Verantwortlich für Redaktion: L. O. S. Zeitgraber, Riesfaer; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riesfaer.

## Der Streit um den Panzerkreuzer.

Von unserem Berliner Vertreter.  
Die Zustimmung der Regierung zu der ersten Baunote für den Panzerkreuzer A hat bekanntlich sowohl innerhalb der sozialdemokratischen Partei wie in der demokratischen Partei zu Angriffen gegen die Regierung und namentlich gegen die Parteiminister geführt. Besonders in der sozialdemokratischen Partei hat es die bekannten Auseinandersetzungen gegeben und schließlich die von den Regierungsmitgliedern eingegangene Verpflichtung, wichtige Entscheidungen nicht ohne Anhörung der Partei zu treffen. Der Bau des Panzerkreuzers A ist im Prinzip vom Reichstag beschlossen, vom Reichsrat genehmigt, von der ersten Regierung zugestimmt. Nun ist die Frage entstanden, ob wirklich mit dem Bau des Panzerkreuzers begonnen wird. Und hier beginnt ein neues Kapitel in dieser jetzt viel erörterten Angelegenheit.  
Wenn auch der Bau beschlossen und die erste Rate bewilligt ist, so sind jetzt doch Zweifel entstanden, ob mit dem Bau begonnen werden soll. Die verantwortlichen Männer haben nicht den Mut, ihre Unterschrift zu den ersten Bauarbeiten zu geben. Denn es steht außer Zweifel, daß eine zweite Baunote, wenn die Sozialdemokraten noch in der Regierung sein würden, und das dürfte der Fall sein, nicht bewilligt werden wird. Der Reichstagsbeschluss, den Bau auszuführen, ist nicht das Entscheidende. Jeder Privatmann kann sich entschließen, ein Haus zu bauen, er muß dazu aber die nötigen Mittel haben. Folglich hängt der Bau des Panzerkreuzers davon ab, ob auch tatsächlich die gesamten Baugelder bewilligt werden. Man schätzt die Bauausgabe auf 80 bis 100 Millionen Mark, es müßten demnach ziemlich viele Raten glatt durch Reichstag, Reichsrat und Regierung bewilligt werden, wenn der Bau ohne Verzögerung beendet werden sollte, denn die erste Rate beläuft sich bekanntlich nur auf 9,5 Millionen Mark. Sie bedeutet einen kleinen Bruchteil der endgültigen Bauausgabe. Mit diesem Betrag kann gerade der Umriß des Schiffes hergestellt werden. Diejenigen verantwortlichen Stellen, die nach den jetzt vorliegenden Beschlüssen über die erste Baunote verfügen können, müssen sich fragen, ob es überhaupt ratsam ist, einen Bau in Angriff zu nehmen, der in seinen Anfängen bereits stecken bleibt, so daß die 9,5 Millionen zu nichts anderem als zur Herstellung eines Wracks verwandt werden. Wir haben uns bemüht, die Ansicht der betreffenden Stellen über die Bauausführung zu erfahren, und stehen dabei auf die Ansicht, daß zunächst gründlich untersucht und geprüft werden soll, ob die Bauausführung erteilt werden dürfen. Man muß den Eindruck gewinnen, als ob die verantwortlichen Stellen einen Ausweg aus dem Dilemma suchen, um späteren Vorwürfen zu entgehen. Nach Lage der Sache ließe sich mit gutem Gewissen über die bewilligte erste Rate nicht verfügen, sondern die Ungewißheit macht es gerade zur Pflicht, zunächst festzustellen, ob mit den weiteren Raten überhaupt zu rechnen ist.  
Und hier stellt sich die Frage, die bei der sozialdemokratischen Auseinandersetzung bekannt gewordenen Forderungen, die Minister der Sozialdemokraten müßten genau so wie die Partei jede weitere Baunote ablehnen. Wobei hat bekanntlich sogar den Antrag eingebracht, daß die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder jetzt bereits daraufhin verzichten sollten, daß weitere Bewilligungen für den Bau nicht gemacht werden dürfen. Der Antrag ist zwar nicht angenommen, trotzdem wird aber wahrscheinlich kein sozialdemokratischer Minister mehr für weitere Baugelder zum Panzerkreuzer zu haben sein. Die Ablehnung durch die Sozialdemokraten und auch die bei den Demokraten jetzt einhellig auftretende Anschauung, keinen Pfennig mehr für Rüstungszwecke auszugeben, lassen bereits erkennen, daß sich niemals eine Mehrheit mehr für die Pflichterfüllung der Baugelder für den Panzerkreuzer finden wird. Ist die Krise jetzt, durch eingehende Aussprachen erledigt worden und gelang es, die Gegner des Regierungsbeschlusses namentlich in der sozialdemokratischen Partei mit dem Hinweis zu beschwichtigen, daß einmal der Beschluß der ersten Regierung bereits vorlag, sobald aber die Haltung der sozialdemokratischen Minister durch die immer noch nicht erledigten Koalitionsverhandlungen bedingt war, so besteht die Gefahr, daß ein nochmaliges selbständiges Vorgehen der sozialdemokratischen Minister nicht nur eine Regierungskrise, sondern sogar eine Krise in der sozialdemokratischen Partei hervorrufen könnte. Bei der immensen vorhandenen Disziplin in der Sozialdemokratie ist nicht zu erwarten, daß die Minister noch einmal gegen den Parteibeschluß handeln. Man kann ruhig annehmen, daß die Sozialdemokraten sich auch bei künftigen Koalitionsverhandlungen in der Panzerkreuzerfrage nicht weiter festlegen werden, und daß, wenn die Deutsche Volkspartei etwa den Panzerkreuzerbau als Kardinalfrage aufwerfen sollte, eine Regierungskrise und Koalitionskrise unvermeidlich ist. Uebersteht man die Panzerkreuzerfrage von diesen Gesichtspunkten aus, so muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß der ganze Streit eigentlich überflüssig gewesen ist, da nicht einmal die erste Rate verwandt werden wird. Vielleicht ist die Auseinandersetzung nur deshalb notwendig gewesen, um jetzt schon völlige Klarheit über die spätere Behandlung dieser Angelegenheit, ob es bei der Koalitionsberatung oder bei der Koalitionsbildung ist, zu schaffen.

## Banderbelde für sofortige Rheinlandräumung.

In Paris. Der frühere belgische Außenminister Banderbelde sprach sich einem Vertreter des sozialistischen "Paris Soir" gegenüber für die vorzeitige Rheinlandräumung aus. "Wir befinden uns", so führte Banderbelde aus, "inmitten einer Schlacht für den Frieden. In einigen Tagen wird man in Paris den Kelloggspakt unterzeichnen. Obwohl dieser Pakt durch die verschiedensten Vorbehalte geschwächt worden ist, bedeutet er doch ein neues Instrument zugunsten der Abrüstung, der Räumung der besetzten Gebiete und des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Seiner Ausrückung nach müßte das Rheinland schon geräumt werden, nachdem die Verträge von Locarno unterzeichnet worden waren und Deutschland in den Völkerbund eintrat. Auf den Einwurf, die Rheinlandbesetzung sei die einzige Garantie für die französische Sicherheit und die Zahlung der Danekassen, antwortete Banderbelde: "Ich behaupte, daß die Räumung des Rheinlandes nicht nur im Interesse Deutschlands, sondern im Interesse Europas eine Notwendigkeit ist, ja sogar im Interesse der Weltfriedensmächte, da die Aufrechterhaltung der Besetzung sowohl vom Gesichtspunkt der Sicherheit als auch von dem der Reparationen völlig überflüssig geworden ist. Andererseits bedeutet sie für uns alle eine Last, nicht zuletzt für Belgien. Die Rheinlandbesetzung wird mit dem Jahre 1935 ausbleiben, das heißt, vielleicht in dem Augenblick, wo sie in gewisser Hinsicht nützlich werden könnte. Glaubt man andererseits, daß Deutschland die Danekassungen durchzuführen wird, wenn einige tausend Soldaten am Rhein stehen? Die Besetzung des Rheinlandes ist weder dem Rechte noch der Sache nach zu verteidigen, sie dient beispielsweise in Belgien nur noch dazu, die Stärke der Rüstungen zu vergrößern und bedeutet ein Hindernis für den Frieden und eine ständige Ursache der Erregung, deshalb vor allem muß man mit ihr Schluss machen. Der Vertreter des "Paris Soir" schloß mit der Bemerkung, daß Banderbelde sicherlich die Anschauung fast ganz Belgiens wiedergegeben habe.

### Dr. Stresemann

#### trifft am Sonntag in Paris ein.

Dr. Stresemann wird im Laufe des Sonntags in Paris zur Unterzeichnung des Kelloggspaktes eintreffen und somit der französischen Hauptstadt seinen ersten Besuch als Minister machen. Abgesehen von einer früheren vorübergehenden Anwesenheit des Abgeordneten Dr. Hermes in seiner Eigenschaft als Reichsfinanzminister in Paris ist die Anwesenheit Dr. Stresemanns der erste offizielle Besuch eines deutschen Ministers nach dem Kriege.

### Das Programm

#### für den Aufenthalt Kelloggs in Paris.

In Paris. Nach der "Chicago Tribune" ist das Programm für den Aufenthalt Kelloggs in Paris nunmehr festgelegt. Der Freitag abend wird für Besprechungen Kelloggs mit den diplomatischen Vertretern Amerikas vorbehalten. Sonnabend abend gibt Votivkoffer Derrid zu Ehren des Staatssekretärs ein großes Essen, zu dem das diplomatische Korps und die Beamten des Quai d'Orsay eingeladen werden. Am Sonntag abend wird Kellogg Gast bei einem Bankett in der Vorstadt an Ehren der Delegierten der 14 Mächte sein, die den Kelloggspakt unterzeichnen werden. An diesem Bankett werden auch Reichsaussenminister Dr. Stresemann und Frau teilnehmen. Am Montag abend wird Außenminister Briand zu Ehren Kelloggs und der anderen Delegierten am Quai d'Orsay ein Bankett geben, an dem Ministerpräsident Poincaré teilnehmen wird. Am Mittwoch vormittag wird dann Kellogg in Begleitung des irischen Staatspräsidenten Cosgrave nach Le Havre reisen und sich mit dem irischen Präsidenten zusammen an Bord des Kreuzers "Detroit" nach Cork einschiffen.

## Die Interparlamentarische Union in Berlin.

Der Deutsche Reichstag ist in diesen Tagen der Sitz des Parlamentes der Parliamente geworden. Die Interparlamentarische Union, die Vereinigung von Parlamentariern aus den meisten Kulturstaaten hält ihre 26. Konferenz in Berlin ab. Die Räume des Reichstagsgebäudes sind dem Zweck der Tagung angepasst worden. An den Säulengängen befinden sich französische und englische Uebersetzungen. Die Sitzungssäle der Ausschüsse und die Arbeitszimmer der Minister sind den nationalen Gruppen der Union, dem Sekretariat und den Kommissionen der I.P.U. zur Verfügung gestellt worden. In der Wandelhalle wehen die Fahnen aller beteiligten Länder, der Sitzungssaal ist mit Blumen und Lannengrün geschmückt.  
Die Vollversammlung wird am Donnerstag mit Ansprachen des Präsidenten der deutschen Gruppe, Professor Dr. Schäfers und des Reichstagspräsidenten Hermann Müller eröffnet werden. Am Dienstag begann schon die Arbeit der Kommissionen. Es sind über fünfshundert Teilnehmer aus der ganzen Welt zu der Konferenz eingetroffen. Unter den 71 deutschen Mitgliedern befinden sich Abgeordnete aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten und Nationalsozialisten. Außerordentlich stark ist auch die ungarische Delegation angetreten. Vertreten sind weiter Oesterreich, Dänemark, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, die südafrikanische Union, Australien, Belgien, Bolivien, Bulgarien, Kanada, Chile, Costa Rica, Dänemark, Domingo, Estland, Finnland, Frankreich, Groß-Britannien, Indien, Niederländisch-Indien, Irland, Italien, Japan, Lettland, Norwegen, Holland, Peru, Polen, Rumänien, Jugoslawien, San Salvador, Schweden, die Schweiz, die Tschechoslowakei und Uruguay. Unter den Delegierten befindet sich auch der Arbeitsminister der Vereinigten Staaten, Dones, der sich mit großem Interesse am Dienstag vom Reichstagspräsidenten die Einrichtungen des deutschen Parlamentes erklären ließ. Ein Vertreter des jugoslawischen Parlamentes, Dr. Ferner, mußte in Wien die Reise unterbrechen. Er hat nämlich noch eine Kugel in der Brust und ist ein Opfer der Belgrader parlamentarischen "Auseinandersetzungen", bei denen sein Parteiführer Rabitsch getötet wurde.  
Am Dienstag tagten schon vier Ausschüsse. In der Kommission für Wirtschaft und Finanzfragen, in der Deutschland durch den volksparteilichen Abgeordneten Dr. Schneider vertreten ist, wurden namentlich die Wirkungen

erörtert, die die Beschlüsse der bisherigen internationalen Wirtschaftskonferenzen auf die Handelspolitik der Länder gehabt haben. Weiter wurde ein Bericht über das Problem der internationalen Kräfte entgegengenommen. Die Arbeitskommission, in der der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Breitfeld als deutscher Vertreter sitzt, setzte einen Untersuchungsausschuss ein zur Prüfung der Sicherheitsfrage und der aus dem Kelloggspakt sich ergebenden Folgen. Die Kommission für koloniale Fragen, der der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Schaefer als Vertreter der deutschen Gruppe angehört, stimmte einer Entschließung zu, in der betont wird, daß die Kolonialmandate eine Treuhänderschaft darstellen und daß jeder Versuch einer Mandatarmacht, sich die Souveränität über das Mandatsgebiet anzumachen, zurückgewiesen werden muß. Die Kolonialminister müßten das Recht haben, ihre Klagen direkt beim Völkerbund vorzubringen und der Völkerbund müsse an Ort und Stelle prüfen können, ob der Moment eingetreten sei, wo die Bevölkerung des Mandatsgebietes sich selbst verwalten könne. In der Kommission für die Rinderseuchenfrage ist Deutschland durch den früheren demokratischen Abg. Heile vertreten. Hier konnten am Dienstag die Beratungen noch nicht zu Ende geführt werden. Am Mittwoch soll beschlossen werden, wann sich eine interparlamentarische Konferenz wiederum mit der Rinderseuchenfrage beschäftigen soll.

### Dr. Wirth wird sprechen.

Auf der Tagung der interparlamentarischen Union wird der frühere Reichskanzler Dr. Wirth eine hochpolitische Rede über die Entwicklung des parlamentarischen Systems halten. Die Bedeutung dieser Rede wird darin liegen, daß Dr. Wirth die Schäden des jetzigen Verhältniswahlrechtes in Deutschland aufdecken wird, durch die eine klare Mehrheitsbildung im Reichstag verhindert wird. Solange das Verhältniswahlrecht besteht, muß nach Ansicht Dr. Wirths die Regierungsbildung jedesmal von der Kompromißbereitschaft vieler Parteien abhängig gemacht werden. Nach Ansicht Dr. Wirths wäre es notwendig, das Verhältniswahlrecht abzuschaffen und ein ähnliches wie das englische Wahlrecht einzuführen. Dadurch würde der Umfang der Splitterparteien endgültig beseitigt werden können.

## Die Berliner sozialdemokratischen Funktionäre fordern Einberufung des Reichstages.

Berlin. (Tel.) Wie der "Vorwärts" berichtet, hat die Konferenz der Berliner Funktionäre der S. D. D. über die Panzerkreuzerfrage am Dienstag nach einem Referat des Abg. Runkler eine Entschließung angenommen, in der die Mitverantwortung für die Bewilligung der ersten Rate für den Panzerkreuzer abgelehnt und die sofortige Einberufung des Reichstages gefordert wird, um eine Entscheidung des neugewählten Reichstages über den Bau des Panzerkreuzers herbeizuführen. Für den Fall, daß eine Einberufung des Reichstages nicht zu erreichen ist, werden die sozialdemokratischen Minister aufgefordert, die Wiederabstimmung des Beschlusses vom 10. August zu verlangen und im Falle der Ablehnung der Wiederabstimmung zurückzutreten. Ferner werden die sozialdemokratischen Minister aufgefordert, die übrigen Raten für den Panzerkreuzer A abzulehnen.